

Ausschuss für Inneres und Sport

(57. - öffentliche - Sitzung am 22. August 2019)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3621](#)

Der Ausschuss führte eine Anhörung durch. Angehört wurde der Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure - Landesgruppe Niedersachsen.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung vollstreckungsrechtlicher Vorschriften**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3037](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 3) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Berichtersteller (schriftlicher Bericht): Abg. André Bock (CDU)

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Förderung und zum Schutz der digitalen Verwaltung in Niedersachsen und zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1598](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung auf Basis der Vorlage 14 fort. In deren Verlauf brachten die Koalitionsfraktionen einen Änderungsvorschlag (Vorlage 15) ein. Die Ausschussmitglieder baten den GBD daraufhin, eine Vorlage zu erstellen, die den Änderungsvorschlag berücksichtigt, und verständigten sich darauf, die Beratung fortzusetzen, sobald diese vorliegt. Zudem kamen sie überein, die Landesbeauftragte für den Datenschutz um eine schriftliche Stellungnahme insbesondere zu den Nrn. 6 und 7 des Änderungsvorschlages zu bitten. Der Ausschuss nahm in Aussicht, dem Landtag eine Beschlussempfehlung für das Oktober-Plenum vorzulegen.

4. **Abschiebungspraxis entschärfen**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3935](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Die Ausschussmitglieder kamen überein, die Landesregierung um eine Unterrichtung zu bitten. Ein Schwerpunkt soll dabei der Sachstand bei der Einführung des zentralen Rückführungsvollzuges sein. Weiter verständigten sie sich darauf, den Antrag gemeinsam mit weiteren Anträgen zum Thema zu beraten.

5. a) **Wald- und Flächenbrandschutz jetzt in Niedersachsen ausbauen!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/3922](#)

b) **Niedersachsen in Zeiten des Klimawandels schützen: Wald- und Moorbrandkonzept erarbeiten**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3933](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Die Ausschussmitglieder verständigten sich darauf, zunächst schriftliche Stellungnahmen zu den Anträgen einzuholen. Die Fraktionen wurden gebeten, der Landtagsverwaltung bis zum 29. August 2019 Vorschläge für den Kreis der Anzufragenden mitzuteilen.

6. **Vorstellung des Feuerwehrstrukturberichts durch die Landesregierung**

Der Ausschuss nahm die Vorstellung des Feuerwehrstrukturberichts entgegen und führte darüber eine Aussprache.

7. **Antrag auf ergänzende Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Absatz 2 NV zum Diebstahl von Unteralgen aus dem Privat-Pkw eines Polizeivollzugsbeamten**

Der Ausschuss schloss sich einstimmig dem ergänzenden Aktenvorlagebegehren der Fraktion der FDP an.